

# **Perspektiven und Widersprüche der lateinamerikanischen Integration**

***Abstract für eine Teilnahme am Kongress „Momentum08: Gerechtigkeit“, Track  
„Globale und ökologische Gerechtigkeit“, 25.-28. September 2008, Hallstatt (A)***

Wien, 14. April 2008

Martin A. Konecny  
Lange Gasse 51/9 1080 Wien  
martin.konecny@reflex.at

## **Perspektiven und Widersprüche lateinamerikanischer Intergation**

Lateinamerika galt in den 90er und 80er Jahren zurecht als ein Bollwerk des Neoliberalismus und befand sich unter der Hegemonie der USA, die mit dem Projekt ALCA (Area de Libre Comercio de las Américas) versuchten den ganze Kontinent wirtschaftlich noch stärker abhängig zu machen und dem eigenen Kapital zu Vorzugskonditionen zu öffnen.

Auch die in den 90er Jahren entstandene Freihandelszone MERCOSUR (Mercado Común del Sur), war als Projekt des „offenen Regionalismus“, in die neoliberale Logik eingebettet und verfolgte nach dem Scheitern der „Import substituierenden Industrialisierung“ (ISI) eine verstärkte Weltmarktintegration (vgl. Claudia Sanchez, 2007, 47-50) .

Mit dem neuen Jahrtausend sind die neoliberale Hegemonie und die Dominanz der USA aber in eine schwere Krise geraten. Diese Krise hat mehrer Aspekte. Zum einen gelang es von unter her sozialen Bewegungen, die sich auch kontinental vernetzen und gemeinsam kampagnisierten, neoliberale Projekte wie ALCA zu delegitimieren und in ihren jeweiligen Ländern die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben (Thomas Fritz, 2007, 5). Ein weiterer wichtiger Aspekt waren auch die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen die das neoliberale Projekt mit sich brachte. Es war gerade die schweren Finanzkrise in Argentinien, die die Gefahren des Weltmarktintegration, Deregulierung und nicht zu letzt die Schwächen des „offenen Regionalismus“ zum Vorschein brachten und so diskreditierten (Joachim Becker / Andres Mussachio, 2007, 75-89). Auf politischer Ebene war für das Ende der neoliberalen Hegemonie, schlussendlich der politische Machtwechsel notwendig, der aber nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht soziale Bewegungen den Boden bereitet hätten und die wirtschaftliche Situation eine andere Politik nicht geradezu zwingend notwendig machte. Mit dieser Ausgangslage gelang es in den meisten Ländern Südamerikas linken Regierungen an die Macht zu kommen. Wobei die Projekte, die diese Regierungen verfolgen sehr unterschiedlich sind. Während es auf der einen Seite, die Länder gibt, deren Regierungen zumindest in der Rhetorik einen Bruch mit dem kapitalistischen System anstreben und als Ziel den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“<sup>1</sup> formuliert haben (Venezuela, Bolivien und

---

<sup>1</sup> Dabei sollte beachtet werden, dass unter dem Begriff „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ kein klares Konzept subsumiert werden kann, sondern selbst nur das Ergebnis von staatlichen und nicht staatlichen Diskursen, die sich gerade in Venezuela auf rhizomatische Art und Weise zu einem

Ecuador), versucht Brasilien mit Präsident Ignacio da Silva, zwar neue Wege in der Sozialpolitik zu gehen, setzt das Projekt einer Weltmarktintegration aber weiter fort und zwar unter dem Vorzeichen, das Land in das Saudi Arabien, des Ethanols zu verwandeln.<sup>2</sup>

Es gibt also in Südamerika derzeit nicht eine schlichte Linkswende sondern, verschiedene post-neoliberale (Nicola Sekler, 2007, 170f.) Projekte kämpfen derzeit um die Hegemonie und dies schlägt sich auch in den Bestrebungen einer regionalen Integration nieder.

Es kann daher auch nur schwer von der lateinamerikanischen Integration gesprochen werden, sondern eher von vielen Projekten, die zum Teil ineinander greifen, sich aber auch widersprüchlich gegenüber stehen. Grob kann zwischen 3 Ansätzen unterschieden werden:

- eine *Intergation von Außen*, als Freihandelszonen/abkommen mit dem Ziel Lateinamerika für ausländisches Kapital zu öffnen.
- Einem *Binnenmarkt orientierten Freihandelsprojekt*, das sich in das Konzept eines Neo-Desarrollismo (Joachim Becker, 2007, 136f.) einfügt.
- Und einer *alternativen Integration*, bei zum einen nicht nur wirtschaftliche Zielsetzungen, sondern auch kulturelle und politische Fragen im Mittelpunkt stehen, und die im Gegensatz zum Freihandel auch wirtschaftliche Assymetrien in den Blick nimmt und auf den Prinzipien „Komplementarität“, „Solidarität“ und Kooperation aufgebaut ist. (Thomas Fritz, 2007, 4f.)

Der erste Ansatz wird wohl am deutlichsten von den USA mit ihrem Projekt ALCA betrieben, dessen Zielsetzung man auch als „kommerzielle Balkanisierung“ (Ebda., 4) Lateinamerikas bezeichnen könnte. Dieses Projekt ist aber mit dem Lateinamerika-Gipfel von Mar del Plata in Argentinien, in dem eine Wiederaufnahme der Verhandlungen scheiterte vorerst gescheitert. Derzeit versuchen die USA dieses Projekt auch bilateraler Ebene, mit den weniger noch verbliebenen Verbündeten

---

offenen Projekt zusammenfügen. (zum bolivariischen Prozess als rhizomatischen Prozess vgl. Zelik, 2007 und zum Begriff Rhizomatik, Zelik 2007, 196f.)

<sup>2</sup> Zur ökologischen und sozialen Problematik wie diese spezifische Politik der Weltmarktintegration von statten geht und wie damit bestehende Herrschaftsverhältnisse verewigt werden, vgl. Lateinamerika Nachrichten 396, 24-43 und Thomas Fatheuer, 2007, 63-75

weiter zu verfolgen. Ebenso verfolgt auch die EU solche Zielsetzung, wenn sie ein Assoziationsabkommen mit dem MERCOSUR anstrebt (Ebda., 11ff.)<sup>3</sup>

Der zweite Ansatz findet sich im MERCOSUR wieder und in der Zielsetzung diesen unter dem Namen UnaSur auf ganz Südamerika auszudehnen. Obwohl zwar der wichtigste Akteur in diesem Projekt immer noch Brasilien ist, dessen Regierung ein enges Bündnis mit der einheimischen Agrar-Industrie eingegangen ist, lässt sich hier doch ein deutlicher Paradigmenwechsel feststellen. Die MERCOSUR hat inzwischen auch Aspekte einer „positiven Integration“<sup>4</sup> bekommen, wie gemeinsame Entwicklungsfonds, oder eine stärker Berücksichtigung solidarischer Wirtschaftsformen, auch werden in ersten Deklarationen der UnaSur, Prinzipien wie Solidarität und Kooperation verstärkt betont (auch wenn diese keinerlei bindenden Charakter haben). Diese Entwicklung ist sicher auch dem Beitritt Venezuelas geschuldet.

Am interessantesten sind aber wohl Projekte einer alternativen Integration. Am bekanntesten ist wohl ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas), das von Venezuela seit 2004 vorangetrieben wird. Dabei unterscheidet es sich von den anderen beschriebenen Projekten vor allem dadurch, dass es keine klaren Konturen hat, sondern aus einem Set verschiedener Projekte mit unterschiedlichem Tiefgang und Reichweite besteht. Auf kultureller Ebene beispielsweise bedeute ALBA derzeit vor allem den von mehrer lateinamerikanischen Ländern getragenen TV-Sender TeleSur, der es sich zum Ziel gesetzt hat, ein Gegengewicht zu CNN&Co zu sein, und den Menschen alternativen Zugang zu Information zu bieten.

Den Kern von ALBA bildet derzeit sicherlich das Abkommen, zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien (möglicherweise bald auch Ecuador). Diese Abkommen kann wohl auch am stärksten als ein erfolgreiches Beispiel für die weiter oben genannten Prinzipien einer alternativen Integration betrachtet werden. In diesem Pakt gilt tatsächlich jeder gibt was er hat. Während Venezuela und Kuba eine weitgehende Liberalisierung ihres zwischenstaatlichen Handels (tatsächlich staatlichen und nicht privaten) vereinbart hat, gelten ganz andere Konditionen für den wirtschaftlich schwächeren Partner Bolivien. Während Kuba medizinisches und pädagogisches

---

<sup>3</sup> Ausführlich zu Praxis und Charakter der Handelspolitik der Europäischen Union vgl. Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, 2007, 168ff.)

<sup>4</sup> „positive Inetrgation“ ist hier nicht normativ gemeint, sondern bezeichnet im Gegensatz zu „negativer Integration“, die sich durch den Abbau von Schranken, Grenzen und Regulierungen ausdrückt, die gemeinsame Regelung von Problemen und Poitikbereichen, vgl. Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, 2007, 63ff.

Personal in die beiden Länder schickt (bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang vor allem die venezolanische Sozialmision Barrio Adentro, in bei der zeitweise über 30000 kubanische ÄrztInnen mitarbeiten) bekommt, es von Venezuela dringen benötigtes Erdöl zu Vorzugskonditionen und bolivianisches Soja, das derzeit durch Brasilien gerade vom Markt verdrängt wird, wird von Venezuela und Kuba aufgekauft (Thomas Fritz, 2007, 12ff.).

Einen weiteren wichtigen Aspekt in Venezuelas bestreben die regionale Integration voranzutreiben stellt der energetische Aspekt dar. Venezuelas Öl könnte daher als „Schmiermittel der Integration“ (Ebda., 6) bezeichnet werden. Der aus dem hohen Öl-Preis sprudelnde Reichtum wird dabei aber in widersprüchlicher Weise eingesetzt. Zum einen wird damit vor allem den karibischen Staaten Öl zu guten Konditionen verkauft, was diesen sicherlich enorm hilft und ebenso ist dieses Geld eine wichtige Stütze der gerade im Entstehen begriffenen regionalen Entwicklungsbank Banco del Sur, die als Gegengewicht zum IWF fungieren soll, gleichzeitig werden damit natürlich auch wenig verdeckte politische und wirtschaftliche Zwecke verfolgt, die Abhängigkeiten verstärken oder erst schaffen. Das Megaprojekt einer 8000 Kilometer langen Pipeline von Venezuela über Brasilien nach Argentinien, kann beispielsweise nur schwer den Prinzipien einer alternativen Integration genügen. Neben den enormen ökologischen Folgen die die Verwicklung einer solchen Projekts mit sich brächte, würde es gerade den verbündeten Erdgasproduzenten Bolivien empfindlich treffen (Ebda., 19ff)

ALBA stellt zwar tatsächlich eine Alternative dar, bleibt aber trotzdem in die Widersprüche staatlicher Politik eingebunden. Neben diesen staatlichen Projekten soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass es auch eine Integration von Unten gibt. Ausgangspunkt dessen sind sicherlich die kontinentalen Kampagnen gegen ALCA, die von der ASC (Alianza Social Continental) getragen wurden. Waren diese Vernetzungen Anfangs defensiv, so haben sie nun die Möglichkeit eigene Projekte und Alternativen für Lateinamerika zu formulieren (Ebda., 5, 16ff). Diese können aber letztlich auch nur erfolgreich sein, wenn es gelingt sie in die staatlichen Politiken einzuschreiben. Ein erster Ansatz in diese Richtung war die Konferenz der besetzten Betriebe 2005 in Caracas, die auch von der Regierung Chavez das Versprechen auf materielle Unterstützung bekam.

Für eine europäische Perspektive bleibt letztlich nicht nur die Frage, wie man sich mit den fortschrittlichen Projekten in Südamerika solidarisieren kann, sondern auch was

man davon, trotz völlig anderer Ausgangslage, lernen kann und wie dies zur Formulierung einer anderen europäischen Integration beitragen kann.

### **Literatur:**

Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007

Joachim Becker, Neo-Desarrollismo; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 136-138

Joachim Becker, Andres Mussachio, Argentinien: Wiederholung der Verschuldungsgeschichte; in: Geld.Macht.Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft, Joachim Becker, Roland Heinz, ua., Wien 2003, 75-89

Thomas Fatheuer, Mit Agrotreibstoffen aus Brasilien gegen den Klimawandel; in: Lateinamerika Jahrbuch 31, Münster 2007, 63-75

Thomas Fritz, ALBA contra ALCA . Die Bolivarianische Alternative für die Amerikas: ein neuer Ansatz regionaler Integration in Lateinamerika, Berlin 2007

Claudia Sanches, Mercosur. Vom Wandel erfasst?; in: Lateinamerika Nachrichten 405, Berlin 2008, 47-50

Nicola Sekler, Postneoliberalismus; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 170-172

Raul Zelik, Venezuelas „bolivarianischer Prozess“ Mit Gilles Deleuze in Caracas; in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften, 2006,

Raul Zelik, Rhizom; in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hrsg.), ABC der Alternativen, Hamburg 2007, 196-198

Lateinamerika Nachrichten 396, Viel Rauch um Nichts? Neue Wege und alte Abhängigkeiten in der Entwicklungspolitik, Berlin 2007, 24-43

